

Offener Brief:

Solidarität mit der Opferschutz- und Beratungsstelle ZARA - Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit

Die kurzfristige Finanzierung von der Opferschutz- und Beratungsstelle ZARA bis Jahresende scheint nun vorerst gesichert zu sein und die Organisation vor ihrer drohenden Schließung zu schützen. Doch kurzweilige und situationsbezogene Hilfeleistungen sind keine akzeptable Lösung. Eine mögliche Schließung von ZARA stellt einen gravierenden Rückschritt im Kampf gegen Rassismus, Diskriminierung und Hasskriminalität in Österreich dar.

ZARA leistet bereits seit Jahren eine zentrale und unverzichtbare Arbeit zur Unterstützung von Rassismus Betroffener sowie in der Präventions- und Bildungsarbeit. ZARA richtet den Blick auf verschiedenste diskriminierte Gruppen, auch jene, die leicht übersehen werden. Wir sprechen uns deshalb klar für eine nachhaltige Sicherung der Arbeit von ZARA aus, weil der Fortbestand dieser Einrichtung im öffentlichen Interesse liegt.

Angesichts der gesellschaftlichen Problemlagen braucht es eine Ausweitung der Arbeit von ZARA und eine entsprechende systematische Sicherung und Unterstützung von staatlicher Seite. Für Betroffene von Rassismus und Hass im Netz ist ZARA ein essenzieller Schutzraum, in dem rassistische Vorfälle dokumentiert werden und Betroffene psychosoziale und juristische Beratung erhalten. Allein im Jahr 2025 dokumentierte ZARA 1.539 rassistische Vorfälle in Österreich; mehr als die Hälfte davon im digitalen Raum (ZARA Rassismus Report 2025, 14. 4. 2026). Durch die Nutzung KI-gestützter Tools (z.B. für Deepfakes, Hasskommentare, Desinformation) werden diese Zahlen weiter steigen.

Eine Schließung würde eine gefährliche Lücke im Opferschutz hinterlassen und den Opfern signalisieren, dass ihre Erfahrungen zivilgesellschaftlich unsichtbar bleiben.

Neben der Bedeutung für Betroffene leistet ZARA wertvolle Bildungsarbeit, bietet Workshops an und erstellt systematische Berichte zur Erfassung rassistischer Vorfälle in Österreich. Diese Daten sind eine wichtige Grundlage für öffentliche Debatten, wissenschaftliche Arbeit und politische Entscheidungen. Sowohl die Expertise von ZARA als auch die Rassismus-Reporte leisten einen unverzichtbaren Beitrag für die Politische Bildung in Schule und Gesellschaft. Eine Schließung von ZARA würde über die Grenzen Österreichs hinaus signalisieren, dass zivilgesellschaftliche Anti-Rassismus-Arbeit hier als verzichtbar gilt – und das ausgerechnet in einer Zeit, in der rassistische Vorfälle europaweit zunehmen.

ZARA leistet also nicht nur individuelle Hilfe für Betroffene, sondern trägt auch zu einer gesamtgesellschaftlichen Sensibilisierung und mithin zur Bekämpfung von Rassismus bei.

Eine Schließung von ZARA hätte weitreichende Folgen für Österreich,

beispielsweise:

- dass Betroffene, insbesondere vulnerable Gruppen, die wenige niedrigschwellige Angebote finden, eine wichtige Unterstützungsstruktur verlieren
- dass rassistische Vorfälle weniger sichtbar werden
- dass zivilgesellschaftliche Netzwerke und Kooperationen, die über Jahre aufgebaut wurden, wegbrechen
- dass Präventionsarbeit gegen Diskriminierung und Extremismus geschwächt wird
- dass das Vertrauen in Institutionen und in die Politik insgesamt sinkt

Regierungsakteur:innen stehen in der Verantwortung!

Die Sicherstellung von Schutz vor Diskriminierung und Gewalt ist eine grundlegende staatliche Aufgabe und steht nicht in der Verantwortung einzelner Spender:innen!

Wir fordern deshalb als Wissenschaftler:innen:

***Rückendeckung und nachhaltige Finanzierung von ZARA
durch staatliche Akteur:innen***

Dazu gehören:

- eine langfristige finanzielle Absicherung der Organisation
- der Ausbau von Beratungs- und Präventionsangeboten
- Transparenz bei Förderentscheidungen, die zivilgesellschaftliche Schutzeinrichtungen betreffen
- eine stärkere Einbindung zivilgesellschaftlicher Expertise in politische Entscheidungsprozesse

Die Arbeit von ZARA ist unverzichtbar für den Schutz von Betroffenen, die Stärkung der Zivilgesellschaft und die Arbeit gegen Rassismus in Österreich. Eine Schließung wäre mit gravierenden Folgen verbunden und würde bestehende Probleme verschärfen. Gleichzeitig kann die Arbeit gegen Diskriminierung und für eine offene Gesellschaft nicht allein in der zivilgesellschaftlichen Verantwortung liegen. In einer Demokratie ist dies eine zentrale Aufgabe von staatlichen Institutionen. Es liegt in der Verantwortung von Politik und Gesellschaft, ZARA als zentrale Institution in Österreich zu erhalten und zu stärken.

Deshalb fordern wir:

***Für eine offene, solidarische und diskriminierungsfreie Gesellschaft
– ZARA muss bleiben.***

***Dafür braucht es die nachhaltige und ausgeweitete finanzielle Absicherung der
Organisation von staatlichen Akteur:innen.***

Unterstützer:innen:

Manfred Nowak, Wiener Forum für Demokratie und Menschenrechte
Karin Lukas, Wiener Forum für Demokratie und Menschenrechte
Marion Wisinger, Wiener Forum für Demokratie und Menschenrechte
Patricia Hladschik, Wiener Forum für Demokratie und Menschenrechte
Karin Liebhart, Institut für Konfliktforschung,
Wien
Stefanie Mayer, Institut für Konfliktforschung, Wien
Isabel Meuser, Institut für Konfliktforschung, Wien
Brigitte Temel, Institut für Konfliktforschung, Wien
Stefan Schmid-Heher, Hochschullehrer für Politische Bildung
Petra Neuhold, Soziologin
Christian Filko, Geschichts- und Politikdidaktiker
Anna Schopf, Soziologin
Natascha Khakpour, Pädagogische Hochschule Wien
Ursula Mauric, Pädagogische Hochschule Wien
Peter Riegler, Bildungswissenschaftler
Gabriela Gniewosz, Universität Innsbruck, Österreichisches Netzwerk
Jugendforschung
Lara Kierot, Universität Wien